

§ 5: Die Verfahrensbeteiligten am Jugendgericht

Mit der Verwirklichung des in § 4 vorgestellten Erziehungsgedankens sind nach dem Willen des Gesetzgebers mehrere Verfahrensbeteiligte immer, andere nur in besonderen Situationen betraut. Inwieweit und in welchem Umfang diese dann auch in der jugendstrafrechtlichen Praxis aktiv mitwirken, ist eine andere Frage.

Verfahrensbeteiligte im Jugendstrafverfahren sind der oder die Beschuldigte, Erziehungsberechtigte bzw. gesetzliche VertreterInnen, VerteidigerInnen (falls gewählt oder bestellt), JugendrichterInnen (Jugendgericht), die (Jugend-)Staatsanwaltschaft sowie die VertreterInnen der Jugendgerichtshilfe. Im Folgenden werden sie jeweils kurz vorgestellt und die Voraussetzungen ihres Auftretens dargestellt.

I. Das Jugendgericht

Jugendgerichte sind nach § 33 II JGG „der Strafrichter als Jugendrichter“, das „Jugendschöffengericht“ und die „Jugendkammer“ am Landgericht (§ 33b JGG). Welches Gericht wofür zuständig ist und wie viele JugendrichterInnen bzw. SchöffInnen mit dem Sachverhalt betraut werden sollen, regelt das JGG in seiner Jugendgerichtsverfassung, den §§ 33–42 JGG. Dort sind Zuständigkeiten vorgesehen, die von denen im allgemeinen Strafrecht abweichen.

1. JugendrichterIn

An den Amtsgerichten urteilen die JugendrichterInnen in der Regel als sog. „Einzelrichter“ (§ 33 II JGG). Schließt die Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren gegen einen Jugendlichen mit einer Anklage ab, geschah dies 2021 in 79,0 % der Fälle mit einer Anklage zum Jugendrichter.

Der historische Gesetzgeber hat ihnen dabei quasi die Rolle eines „Ersatzvaters“ bzw. einer „Ersatzmutter“ zudedacht, nach § 37 JGG sollte er oder sie „erzieherisch befähigt und in der Jugenderziehung erfahren“ sein. Bei der Besetzung entsprechender Stellen scheint das damals wie heute allerdings kaum berücksichtigt zu werden. Es genügt oft bereits die Elternstellung als Kriterium für erzieherische Befähigung, die im Übrigen auch nur als unverbindliche Sollensvorschrift verstanden wird. Eine Verschärfung hinsichtlich der Qualifizierung wurde mit dem Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder vom 16.6.2021 eingeführt. Demnach *sollen* JugendrichterInnen ab dem 1.1.2022 über Kenntnisse auf den Gebieten der Kriminologie, Pädagogik und Sozialpädagogik sowie der Jugendpsychologie verfügen, wozu ein wie auch immer gearteter Nachweis vorliegen muss (§ 37 n.F. JGG).

Ausreichend ist aber auch, dass der Erwerb der Kenntnisse „alsbald“ durch die Wahrnehmung von einschlägigen Fortbildungsangeboten erwartet werden kann (§ 37 JGG n.F.). Sicher ein Fortschritt, auch wenn die Umsetzung in der Praxis abzuwarten bleibt. Bisherige Erkenntnisse hierzu sind eher ernüchternd. Eine Befragung unter JugendrichterInnen in den Jahren 2021/2022 kam zwar zu dem Ergebnis, dass sich die große Mehrzahl für ausreichend qualifiziert hält (vgl. [Jugendgerichtsbarometer 2021/2022, S. 44 ff.](#)). Demnach halten sich 54,5 % der 290 befragten JugendrichterInnen für „vollständig ausreichend fachlich qualifiziert“ und 43,1 % für „eher ausreichend fachlich qualifiziert“. Die Überzeugung von der eigenen Qualifikation

wächst, wenig überraschend, mit zunehmender Berufserfahrung. An einschlägigen Fortbildungsmaßnahmen haben seit Aufnahme der Tätigkeit als JugendrichterIn allerdings nur 78,6 % der Befragten teilgenommen, ein Rückgang von fast 10 % seit der letzten Befragung in den Jahren 2013/2014. Trotz Einschränkungen der Fortbildungsangebote und -möglichkeiten während der Corona-Zeit sind diese Befunde doch eher enttäuschend (a.a.O. S. 58).

Bei jugendkriminologischer Inkompetenz der Jugendrichterin bzw. des Jugendrichters soll kein Fall der nicht vorschriftsmäßigen Besetzung i.S.d. § 338 Nr. 1 StPO vorliegen. Auch eine sonstige reversible Gesetzesverletzung nach § 337 StPO wird abgelehnt.

Gleichwohl hat die Regelung zumindest eine Appellfunktion. Sie fordert von der Jugendrichterin oder dem Jugendrichter „Fantasie und Mut zu Abweichungen von den Pfaden des tatvergeltenden Allgemeinen Strafrechts“ sowie „Augenmaß“ bei der Frage, „in welchen Fällen zugunsten erzieherischer Belange eine formelle Sanktionierung unterbleiben“ sollte (*Streng* § 6 Rn. 103 f.).

a) Sachliche Zuständigkeit

Die bzw. der JugendrichterIn entscheidet als EinzelrichterIn. JugendrichterInnen sind sachlich zuständig für Verfehlungen Jugendlicher und Heranwachsender, bei denen als Rechtsfolgen nur Erziehungsmaßregeln, Zuchtmittel, zulässige Nebenstrafen und Nebenfolgen oder die Entziehung der Fahrerlaubnis zu erwarten sind (§ 39 I 1 JGG). Ist hingegen die Verhängung einer Jugendstrafe zu erwarten, ist die bzw. der JugendrichterIn nicht zuständig. Dennoch kann sie bzw. er in ihrem bzw. seinem Urteil eine Jugendstrafe von bis

zu einem Jahr verhängen (vgl. § 39 II JGG). Das wird relevant, wenn sich erst im Laufe der Hauptverhandlung eine Jugendstrafe als notwendig herausstellt.

Die bzw. der JugendrichterIn ist nach §§ 82 I, 84 I JGG zudem VollstreckungsleiterIn. Im allgemeinen Strafrecht ist nach § 451 StPO hingegen die Staatsanwaltschaft Vollstreckungsleiterin. Die Aufgaben der Jugendrichterin bzw. des Jugendrichters in der Funktion als VollstreckungsleiterIn sind in den [Richtlinien zu §§ 82–85 JGG](#) geregelt, die auf eine Vereinbarung der 16 Landesjustizverwaltungen vom 01.08.1994 zurückgeht. Dort sind beispielsweise das Überwachen von Tätigkeiten der Jugendgerichtshilfe oder Verwaltungsaufgaben wie etwa beim Jugendarrest das Stellen von Aufnahmeersuchen an die Jugendarrestanstalt geregelt. Bei der Vollstreckung soll der Beschleunigungsgrundsatz besonders beachtet werden (Richtlinie, II. 1.)

Einer bzw. einem JugendrichterIn sollen gem. § 34 II 1 JGG auch die familiengerichtlichen Erziehungsaufgaben übertragen werden. Gemeint sind damit etwa Maßnahmen nach §§ 1666 f. BGB. Bezweckt wird damit eine „Erziehung aus einer Hand“. Erzieherisch-soziale und jugendstrafrechtliche Maßnahmen sollen aufeinander abgestimmt sein (*Streng* § 6 Rn. 102).

b) Örtliche Zuständigkeit

Im Regelfall ist der entscheidende Anknüpfungspunkt für die örtliche Zuständigkeit nicht wie im Erwachsenenrecht das Tatortprinzip (vgl. § 7 StPO), sondern der aktuelle Wohnsitz des beschuldigten Jugendlichen zu Prozessbeginn (§ 8 StPO, § 42 I Nr. 2 JGG).

In den an die Staatsanwaltschaft adressierten Richtlinien zu § 42 JGG nach dem RiJGG heißt es dazu:

„Bei Verfehlungen von geringem Unrechtsgehalt, bei denen vormundschaftsrichterliche Maßnahmen nicht erforderlich sind, stellt die Staatsanwaltschaft den Antrag in der Regel bei dem Jugendgericht, in dessen Bezirk sich die auf freiem Fuß befindliche beschuldigte Person zur Zeit der Erhebung der Anklage aufhält (§ 42 I Nr. 2 JGG) oder in dessen Bezirk diese Person ergriffen worden ist (§ 9 StPO).“

§ 42 III JGG eröffnet sogar die Abgabe des Verfahrens auch noch nach Eröffnung des Hauptverfahrens, wenn der oder die angeklagte Jugendliche umgezogen ist.

2. JugendschöffInnengericht

19,7 % der in Jugendsachen erhobenen Anklagen entfielen 2021 auf die JugendschöffInnengerichte. Zur Entscheidungsfindung werden der bzw. dem JugendrichterIn dabei eine Jugendschöffin und ein Jugendschöffe zur Seite gestellt (§ 33 II, 33 a JGG). Bemerkenswert ist die bei der Wahl der SchöffInnen auf die SchöffInnenliste in § 35 I JGG vorgesehene Frauenquote von 50 %. Jedoch dürften wohl kaum emanzipatorische Überlegungen der Grund hierfür sein. Naheliegender ist, dass der Gesetzgeber ganz dem Rollenklischee entsprechend die besonderen erzieherischen Fähigkeiten der Frauen im Blick hatte.

Seine sachliche Zuständigkeit ist nur negativ abgegrenzt: Sie erstreckt sich auf alle Verfehlungen, die nicht vor der bzw. dem JugendrichterIn oder vor der Jugendkammer zu verhandeln sind (§ 40 I JGG). Das JugendschöffInnengericht ist – im Gegensatz zu der bzw. dem JugendrichterIn – in seiner Strafgewalt nicht begrenzt, kann also etwa eine Jugendstrafe bis zum angedrohten Höchstmaß verhängen.

3. Jugendkammer am Landgericht

Die Jugendkammer ist sachlich in erster Instanz zuständig in den in § 41 I JGG aufgezählten Fällen. Nach Nr. 1 gehören dazu beispielsweise alle Fälle, in denen in einem allgemeinen Strafverfahren nach §§ 74e Nr. 1, 74 II GVG ein Schwurgericht zuständig wäre. Die Jugendkammer ist folglich für die dort aufgezählten besonders schweren Verbrechen wie Mord und Totschlag erstinstanzlich zuständig.

Außerdem kann das JugendschöffInnengericht ein Verfahren wegen seines besonderen Umfangs der Jugendkammer vorlegen (§ 40 II JGG). Diese entscheidet dann, ob sie das Verfahren übernimmt (die Zuständigkeit ergibt sich dann aus § 41 I Nr. 2 JGG).

Die Jugendkammer besteht dabei aus drei BerufsrichterInnen und zwei SchöffInnen (§ 33b I Alt. 1 JGG). Gem. §§ 33b VII, 33a I 2 JGG *sollen* auch hier ein Mann und eine Frau eingesetzt werden. Auch hier gilt also grundsätzlich Geschlechterparität. Wenn die Sache in einem allgemeinen Strafverfahren nicht zur Zuständigkeit des Schwurgerichts gehörte und nach dem Umfang oder der Schwierigkeit der Sache die Mitwirkung einer dritten Richterin bzw. eines dritten Richters nicht notwendig ist, wird aber eine kleinere Besetzung mit zwei BerufsrichterInnen und zwei SchöffInnen beschlossen (§ 33b II 3, 4 JGG).

Daneben ist die Jugendkammer auch eine Rechtsmittelinstanz. Sie verhandelt Berufungen gegen Urteile der Jugendrichterin bzw. des Jugendrichters und gegen Urteile des JugendschöffInnengerichts (§ 41 II 1 JGG). Bei Berufungen über Urteile der Jugendrichterin bzw. des Jugendrichters ist sie mit einer bzw. einem BerufsrichterIn und zwei SchöffInnen besetzt (kleine Jugendkammer, § 33b I Alt. 2 JGG). Bei Berufungen über Urteile des JugendschöffInnengerichts ist sie mit zwei BerufsrichterInnen und zwei SchöffInnen besetzt (große Jugendkammer, § 33b I Alt. 1, II 4 JGG).

II. Die beschuldigte Person

Der oder die Beschuldigte sollte im Mittelpunkt des Strafverfahrens stehen. Im jugendstrafrechtlichen Verfahren sind sie mindestens 14 Jahre alt. Eine entsprechende Altersgrenze nach „oben“ gibt es nicht (dazu vertiefend die §§ 6 und 13 der Vorlesung). Damit ihre Prozesshandlungen – wie Anträge, Rechtsmittel etc. – wirksam sind, kommt es nicht auf ihre Volljährigkeit, sondern auf ihre Einsichtsfähigkeit an, also auf ihr Verständnis vom Sinn der jeweiligen Prozesshandlung.

III. Jugendstaatsanwältinnen und Jugendstaatsanwälte

§ 36 JGG verlangt die Bestellung von „Jugendstaatsanwälten“ bei den Staatsanwaltschaften. In deren Zuständigkeit fallen alle Jugendstrafsachen, zudem alle Jugendschutzsachen.

§ 36 JGG ist nach herrschender Auffassung ähnlich wie § 37 JGG eine bloße Sollens- und Ordnungsvorschrift. § 37 JGG schrieb ursprünglich vor, dass „Jugendstaatsanwälte [...] erzieherisch befähigt und in der Jugenderziehung erfahren“ sein sollen. Hierfür reichte in der Praxis regelmäßig aus, selbst Kinder zu haben. Eine Verschärfung hinsichtlich der Qualifizierung wurde mit dem Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder vom 16.6.2021 eingeführt (dazu bereits KK 85 f.).

Insbesondere im Vorverfahren kommt den Jugendstaatsanwältinnen und -staatsanwälten eine besonders wichtige Rolle zu. Nach § 45 JGG bestehen deutlich weitergehende Möglichkeiten, das Verfahren im Wege des „formlosen Erziehungsverfahrens“ (Diversion) per Einstellung zu beenden als im allgemeinen Strafverfahren (dazu § 8 der Vorlesung).

Die Vorarbeit dazu leisten spezialisierte Jugenddezernate bei den Polizeibehörden bzw. JugendsachbearbeiterInnen.

IV. Die Jugendgerichtshilfe

Einen erheblichen Unterschied gegenüber dem allgemeinen Strafverfahren stellt die im Jugendstrafverfahren obligatorische Beteiligung der Jugendgerichtshilfe (JGH) dar. Die hier Tätigen bevorzugen die Bezeichnung „Jugendhilfe im Strafverfahren“ (JuHiS), immerhin gehe es in erster Linie um die Jugendlichen und nicht um Hilfe für das Gericht. § 38 II JGG beschreibt die allgemeine Aufgabe sowie die der JGH zukommenden speziellen Pflichten bzw. Funktionen: Ermittlungshilfe, Überwachungsfunktion sowie erzieherische Fürsorge und Betreuung.

Die JGH wird gem. § 38 I JGG von den Jugendämtern im Zusammenwirken mit den Vereinigungen für Jugendhilfe ausgeübt. Gemessen an der Stellung der Erwachsenengerichtshilfe hat die JGH eine außerordentlich starke Stellung; insbesondere sind VertreterInnen der JGH nicht erst im Hauptverfahren, sondern „so früh wie möglich“ (§ 38 VI 2 JGG) zu beteiligen; ihre Beteiligung zieht sich nach der gesetzgeberischen Konzeption durch das gesamte Verfahren.

Die JGH ist gem. § 38 IV 1 JGG zur Teilnahme an der Hauptverhandlung grundsätzlich verpflichtet (nach alter Rechtslage vor 2019 bestand eine solche Pflicht hingegen nicht). Dass sie auch im Vorverfahren zu beteiligen ist, ist zwar nicht explizit geregelt, ergibt sich aber aus § 38 II 2 JGG, wonach deren VertreterInnen „die beteiligten Behörden durch Erforschung der Persönlichkeit, der Entwicklung und des familiären, sozialen und wirtschaftlichen Hintergrundes des Jugendlichen [unterstützen] und sich äußern [...] zu einer möglichen besonderen Schutzbedürftigkeit sowie zu den Maßnahmen, die zu ergreifen sind.“ Nur ausnahmsweise kann auf die Teilnahme der JGH im Vorverfahren und, auf deren Antrag hin, auch in der Hauptverhandlung verzichtet werden, „soweit dies auf Grund der Umstände des Falles gerechtfertigt und mit dem Wohl des Jugendlichen vereinbar ist“ (§ 38 VII 1 JGG). In der Hauptverhandlung ist das insbesondere der Fall, wenn

das Verlesen des Berichts der JGH vom Gericht für ausreichend befunden wird (vgl. § 50 III 2 JGG und BT-Drs. 19/13837, S. 50). Im Vorverfahren kann auf die Teilnahme der JGH verzichtet werden, wenn es voraussichtlich nicht zur Erhebung der öffentlichen Klage kommt, weil das Verfahren auf andere Weise abgeschlossen wird (§ 38 VII 3 JGG).

Die VertreterInnen der Jugendgerichtshilfe haben gegenüber dem Gericht kein Zeugnisverweigerungsrecht aus § 53 StPO. Der Aufbau eines Vertrauensverhältnisses zu den jugendlichen Beschuldigten kann dadurch durchaus erschwert werden. Deren Geheimhaltungsinteresse geht allerdings die Funktion der JGH als Unterstützung des Gerichts und sonstiger Behörden (§ 38 II 2 JGG) vor.

Angelegt ist damit ein sich im Einzelfall ergebender Intra-Rollenkonflikt. Die JGH muss zwei gegebenenfalls konträren Rollen gerecht werden: der Unterstützung des Gerichts auf der einen und der Jugendlichen auf der anderen Seite. Aufgrund des beruflichen Selbstverständnisses der JGH (→ „JuHiS“) kann es dadurch bei normativ denkenden JuristInnen der Justiz zu Loyalitätszweifeln kommen (zu Problemen und zur Reformdiskussion eingehend *Streng* § 6 Rn. 113–120).

V. Die Erziehungsberechtigten

Die Rechtsfolgen des Jugendstrafrechts, angewandt auf Jugendliche unter 18 Jahren, stellen einen Eingriff in das elterliche Erziehungsrecht aus Art. 6 II GG dar (dazu BVerfG NJW 2003, 2004: „Kollision zwischen dem Elternrecht und dem Verfassungsgebot des strafrechtlichen Rechtsgüterschutzes“).

§ 67 JGG gewährt daher den erziehungsberechtigten Eltern bzw. den zur gesetzlichen Vertretung berufenen Personen eine eigene Stellung als Prozessbeteiligte. Dabei wird eine Reihe prozessualer Rechte der beschuldigten Person auf die Erziehungsberechtigten ausgedehnt: das Äußerungsrecht (Recht auf Gehör), das Recht, Fragen und Anträge zu stellen (§ 67 I JGG), sowie das Recht zur Wahl einer Verteidigerin bzw. eines Verteidigers und zur Einlegung von Rechtsmitteln (§ 67 II JGG). Regelmäßig steht ihnen auch das Recht zu, bei Untersuchungshandlungen anwesend zu sein (§ 67 III JGG). Zudem werden Mitteilungen an den Beschuldigten an sie gerichtet (§ 67a JGG). Der bzw. dem Erziehungsberechtigten ist nach § 67 I JGG i.V.m. § 258 II, III StPO das letzte Wort zu gewähren, und zwar von Amts wegen (BGH NStZ 2000, 553).

Die Eltern sind nach § 67 I JGG auch bereits im Ermittlungsverfahren zu beteiligen, haben also auch bei polizeilichen Vernehmungen etc. ein Recht auf Anwesenheit. Unklar ist, ob die Norm lediglich Rechte der Erziehungsberechtigten statuiert oder auch solche der bzw. des Beschuldigten, und zwar auf Konsultation der bzw. des Erziehungsberechtigten. Für Ersteres scheinen der Wortlaut und die Überschrift zu sprechen („Stellung der Erziehungsberechtigten und der gesetzlichen Vertreter“). Das würde aber dem Erziehungsgedanken (vgl. § 2 I JGG) nicht gerecht werden. § 2 I 2 JGG fordert ausdrücklich die Beachtung des elterlichen Erziehungsrechts (*Streng* § 6 Rn. 128; *Ludwig* NStZ 2019, 123 [125]). Davon ausgehend soll die Beteiligung der Erziehungsberechtigten nicht allein diesen ein Recht gewähren, sondern auch der Unterstützung und dem Beistand der Jugendlichen dienen. Nach herrschender Meinung ist § 67 I JGG daher (erweiternd) dahin auszulegen, dass die beschuldigte Person über das Recht der Erziehungsberechtigten auf Anwesenheit zu belehren und ihr die Möglichkeit einzuräumen ist, diese zu konsultieren (sog. Elternkonsultationsrecht, dazu sowie zum Ganzen *Ludwig* NStZ 2019, 123 [125]; *Möller* NStZ 2012, 113 [114]).

Allerdings wird dies in der Praxis im Hinblick auf die vermutete höhere Geständnisbereitschaft bei Abwesenheit der Eltern vielfach anders gehandhabt ([Polizeidienstvorschrift 382 Nr. 3.6.3.](#) lässt denn auch eine Ausnahme von dem Elternrecht auf Anwesenheit bei der Vernehmung eines jugendlichen Beschuldigten unter Rücksichtnahme auf „kriminaltaktische Erwägungen“ zu).

Die Beteiligung der Eltern im Jugendstrafverfahren birgt aber auch ein gewisses Konfliktpotenzial auf der Beschuldigtenseite. Beispielsweise können Jugendlichen von einer eigenen Aussage durch ihre Eltern abgehalten oder zu einer solchen gedrängt werden. Die Gründe für entsprechende Konflikte sind vielseitig. Teilweise gehen Eltern wohl davon aus, dass Ermittlungsgeschehen besser zu überblicken als ihre Kinder, die sie vor polizeilichen Ermittlungen schützen möchten. Aber auch eine eher gegenläufige Absicht dürfte zu beobachten sein, nämlich dann, wenn die Eltern die polizeiliche Intervention als „erzieherisch wertvoll“ betrachten und dementsprechend gegen den Willen ihres Kindes unterstützen. Werden die Ermittlungsbehörden mit einer solchen Konfliktlage im Ermittlungsverfahren konfrontiert, plädieren *Kölbel/Zierer* für einen Vorrang der Entscheidung des Jugendlichen (im Einzelnen *Kölbel/Zierer* NStZ 2023, 1).

Die beschriebenen Rechte der Erziehungsberechtigten finden jedenfalls dort ihre Grenzen, wo eine Beteiligung an den Verfehlungen der jugendlichen beschuldigten Person im Raum steht, § 67 IV JGG. Dann bedarf der Jugendliche anderweitiger Hilfe: Zur Wahrnehmung seiner Interessen hat das Familiengericht nach § 67 IV 3 JGG einen sog. Prozesspfleger zu bestellen. Zudem liegt ein Fall der notwendigen Verteidigung vor (§ 68 Nr. 2 JGG).

VI. Die Verteidigung

Grundsätzlich darf jede jugendliche beschuldigte Person eine Verteidigerin oder einen Verteidiger wählen und sich deren Unterstützung bedienen (sog. Wahlverteidigung, § 137 StPO).

Beschuldigte Jugendliche **müssen** eine Verteidigerin oder einen Verteidiger haben, wenn ein Fall der sog. notwendigen Verteidigung vorliegt, §§ 140 I StPO, 68 JGG. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn im Verfahren gegen Erwachsene ein Fall der notwendigen Verteidigung vorliegen würde (§ 140 StPO), etwa bei einem Verbrechensvorwurf oder Haft- bzw. Straferwartung von mindestens einem Jahr Freiheitsstrafe. Zusätzlich liegt ein Fall der notwendigen Verteidigung vor, wenn die Verhängung einer Jugendstrafe, die Aussetzung der Verhängung einer Jugendstrafe oder die Anordnung der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus oder in einer Entziehungsanstalt zu erwarten ist, § 68 Nr. 1 und 5 JGG.

Liegt kein Fall der notwendigen Verteidigung vor, kann vom Gericht ein sog. Beistand bestellt werden, § 69 I JGG.

Auf weitere Einzelheiten wird in § 12 der Vorlesung eingegangen. An dieser Stelle soll nur noch auf das mitunter problematisierte Rollenverständnis der Strafverteidigung im Jugendstrafverfahren eingegangen werden.

Diese Rolle ist wegen der das Jugendstrafrecht prägenden Erziehungsidee und der daraus resultierenden „Verschränkung von Repression und erzieherischer Wohltat“ (*Streng* § 6 Rn. 135) ambivalent. Jedenfalls dann, wenn die Verteidigung im Jugendstrafverfahren keine echte erzieherische Chance für die beschuldigte jugendliche Person sieht, ist es keineswegs zu beanstanden, wenn sie sich „Erziehungsversuchen“ in einer – aus Sicht der Justiz – unkooperativen Weise widersetzt. Darüber hinaus hält *Streng* (§ 6 Rn. 135)

eine Kooperationsverweigerung auch dann stets für geboten, wenn der oder dem Beschuldigten Jugendarrest oder gar Jugendstrafe drohen; diese Sanktionen gilt es dem Jugendlichen unter allen Umständen zu ersparen (dazu die §§ 10 u. 11 der Vorlesung).

Andere plädieren hingegen für ein Rollenverständnis als einseitige Interessenvertretung wie im Erwachsen Strafverfahren (*Ostendorf* JGG § 68 Rn. 3). Weil ein „erzieherisches Zusammenwirken“ der Verteidigung mit dem Jugendgericht und der Jugendstaatsanwaltschaft aus Sicht der Jugendlichen oftmals den Eindruck der „Erwachsenenkungelei“ machen wird und damit die Legitimation des Verfahrensergebnisses auf der Strecke zu bleiben droht, ist diese kompromisslose Linie zu bevorzugen.

Literaturhinweise (insbes. zur Jugendgerichtsverfassung)

Eisenberg/Kölbl JGG, 24. Aufl. 2023, § 37.

Meier/Bannenberg/Höffler Jugendstrafrecht, 4. Aufl. 2019, § 13 Rn. 1–14.

Ludwig Belehrungspflichten aus § 67 JGG und mögliche Fehlerfolgen bei Verstößen, NSTZ 2019, 123.